



p.B. 58.40.1. 45<sup>eme</sup> AG

MISSION PERMANENTE D'OBSERVATION  
DE LA SUISSE AUPRÈS DES NATIONS UNIES

NEW YORK, N.Y. 10017 9. Oktober 1990  
757 Third Avenue, 21<sup>st</sup> Floor  
Tél.: 421-1480

Ref.: PB Nr. 9 - CX/GD

VERTRAULICH

Die 45. Session der  
UN-Generalversammlung im  
Lichte ihrer Generaldebatte

I.

Jede Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen - erst recht die regelmässig drei Wochen dauernde Generaldebatte, die jene eröffnet und New York die Pirouetten von Staatsoberhäuptern und Ministerpräsidenten beschert - muss sich, da zeitlich beschränkt, dreier Erfahrungen bequemen: Die erste ist die Macht des gedruckten Programms. Man weiss im Hochsommer, was die Grossen dieser Welt im September beschäftigen sollte. Die zweite sind die Ueberraschungen drängender Akutalität, die das Programm nicht hat voraussehen können und die sich Raum schaffen, besonders wenn sie Auswirkungen auf die ganze Welt haben. Die dritte Erfahrung ist das zu kurz Gekommene, das was das Programm vorsah, aber von der Akutalität verdrängt wurde.

Die letztjährige Session war zwar an Ueberraschungen reich, denn gerade als Staatsoberhäupter, Ministerpräsidenten und Aussenminister sich in New York zu Dauerthemen hatten äussern wollen, schickte sich der Kommunismus im östlichen Zentraleuropa an, von der Bühne abzutreten. Da es sich hierbei aber um ein regionales Problem handelte, mochten die Kontrahenten den unruhigen Schlaf der Menschheit nicht stören. Europa wurden an improvisierten Mittagessen und in Nachtsitzungen neu geordnet, ohne dass die Tagesordnung der 44. Session der UN-Generalversammlung darunter litt.

II.

Inzwischen haben sich die europäischen Veränderungen ihr Geleise ausserhalb der Vereinten Nationen gebahnt. Die DDR hat das Wort nicht mehr ergreifen wollen, als sie es noch gekonnt hätte. Es ist ihr nichts mehr eingefallen. Der jetzt "gesamtdeutsche" Delegationschef, Botschafter Bräutigam, gab "hors programme" eine kurze und würdige Erklärung ab zu dem

Phänomen, dass die Vereinten Nationen um ein Mitglied ärmer geworden sind. Viele Sprecher erwiesen dem Akt der Vereinnahmung ihre Reverenz. Schewardnadse wusste, wovon er sprach, als er das neue, vergrösserte Deutschland willkommen hiess, das dem alten wieder ähnlicher sieht.

Eine ganz andere Aktualität hat das Programm der diesjährigen Generaldebatte geprägt: Die Golfkrise, die Vereinnahmung Kuwaits durch Irak zog sich wie ein roter Faden durch die Erklärungen. Man darf feststellen, dass die Regierungsvertreter trotz der komplexen Natur der dem üblen irakischen Aggressionsakt zugrundeliegenden Problematik der Rückgängigmachung des Ueberfalls Priorität eingeräumt haben. Und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die irakische Führung, insoweit als sie einer kühlen Beurteilung der Lage überhaupt fähig ist, die Generaldebatte am East River als ein höchst ernüchterndes Erlebnis verstanden haben muss. Vielleicht ist dieses Fazit erlaubt: alle verantwortlichen Politiker erkennen, dass weltweit "gerechte" Ordnungen noch weit voraus liegen. Bis dahin wünschen sie stabile wirtschaftliche und politische Verhältnisse als Voraussetzung für den Fortschritt, falls dieser sich einstellt. Fidel Castro hat in New York kein Publikum mehr.

### III.

Die Golfkrise nimmt die amerikanische Diplomatie hier in New York gegenwärtig aus zwei Gründen stark in Anspruch: der eine ist die vorübergehende Präsenz von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs am East River. Der andere ist der UNO-Sicherheitsrat - nicht die Generalversammlung. Im Sicherheitsrat ist Washington bemüht, ein Szenarium globaler Duldung eines militärischen amerikanischen Eingreifens im Irak und in Kuwait zu errichten. In der Schweiz ist zeitweise der Eindruck entstanden, die Vereinten Nationen hätten endlich ihre Rolle als Monitor der Weltpolitik gefunden. In Wirklichkeit sind sie lediglich - und doch wenigstens dies - ein "clearing house", in dem sich politischer Konsens zwischen einer qualitativen Mehrheit von Mächten positiv niederschlägt. Generiert wird dieser Konsens in New York nur zum geringsten Teil. Sollte etwa China sich entscheiden, als Wortführer der durch die Golfkrise noch weiter verarmten Welt der Entwicklungsländer aufzutreten, so wäre der Konsens in der UNO dahin, auch im Sicherheitsrat. Zu Euphorie besteht daher kein Anlass.

- 3 -

## IV.

Drei weitere Vorgänge standen ausserhalb des Rahmens der Generaldebatte. Programmiert war lediglich das spektakulärste, der New Yorker "Kindergipfel", der wie kaum ein anderes Ereignis von der Hoffnung lebte, grosse Aufmachung werde nach dem Fest die Teilnehmer zu grossen Taten beflügeln.

Dagegen tragen zwei weitere Ereignisse eher den Charakter der Ueberraschung: das eine war die Unterzeichnung eines Abkommens über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Republik Südkorea. Möglicherweise beginnt damit die Grablegung Nordkoreas, vor allem wenn es gelingen sollte, Beijing in der Kampucheafrage einigermassen zufriedenzustellen.

Bald könnten wir mit unserm staatlichen Beobachterstatus in den Vereinten Nationen wirklich ganz allein sein, d.h. mit dem Vatikan, Monaco und San Marino. Die beiden letztgenannten Staaten führen am East River eine Phantomexistenz - ganz im Gegensatz zum Heiligen Stuhl, der schon Schlüssel zur Oeffnung politischer Pforten in der Tasche hatte, lange bevor es die Vereinten Nationen gab.

Die andere Ueberraschung am Rande der Generaldebatte war vor wenigen Tagen die Vereinbarung zwischen den Aussenministern Schewardnadse und Baker über eine massive Reduktion der konventionellen Rüstungen. Hier haben wir es mit einem Ereignis von grösster Tragweite zu tun - zufällig zustande gekommen in New York, weil die beiden Aussenminister ohnehin hier waren. Mit der Weltorganisation hat das wenig zu tun, aber die Folgen solchen bilateralen Einvernehmens unter Inhabern des Vetorechts im Sicherheitsrat dürften sich auf die Vereinten Nationen als Ganzes positiv auswirken.

## V.

Was während der zu Ende gehenden Generaldebatte der unerwarteten Aktualität zum Opfer gefallen ist, sind alle regionalen Probleme: Zypern, Libanon, Palästina, Südafrika, die Westsahara, Afghanistan, Indochina. Natürlich sind sie als Stichworte aufgetaucht - und die kommenden Wochen der 45. Session der UN-Generalversammlung werden vor allem der Palästinafrage sowie Israels Politik und derjenigen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten immer wieder Aktualität verschaffen. Fast jeder Redner während der Generaldebatte drückte auch die wachsenden Sorgen um Umwelt und Verschuldung aus. Das sind Themen, welche die Vereinten Nationen in den kommenden Jahren immer stärker beschäftigen dürften.

Für den Augenblick sehen sie sich alle in den Hintergrund gedrängt von der Golfkrise und deren unabschätzbaren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die allenfalls ein kleines Gremium wie der Sicherheitsrat, nicht aber die Generalversammlung in den Griff bekommen kann. Und selbst der Sicherheitsrat wird weniger von seinem eigenen Willen zu handeln bewegt als vom Affront des Iraks sowie von der Sorge, die Vereinigten Staaten könnten als einzig übriggebliebene Supermacht das Heft ganz allein in die Hand nehmen.

Unter atmosphärischen Gesichtspunkten ist man sich der Selbstüberhöhung des israelischen Votums in der Generaldebatte gewohnt. Neu und erfreulich war das wiedergefundene europäische Selbstbewusstsein etwa der Tschechoslowakei und Ungarns. Im stärksten Gegensatz dazu stand die pathetische, richtungslose Rede des rumänischen Präsidenten, der offensichtlich selbst noch nicht weiss, wo sein Land steht, noch wohin es gehört.

#### VI.

Zum Schluss ein Wort über "Zu- und Abgänge". Im Frühjahr wurde Namibia das 160. Mitglied der Vereinten Nationen, doch die Vereinigung der beiden Yemen führte die Mitgliederzahl auf 159 zurück. Dann wurde am ersten Tag der 45. Session der Generalversammlung Liechtenstein aufgenommen, doch verschwand zwei Wochen danach die DDR aus dem Rund. Präsident Bush sprach sich erneut für die Aufnahme der beiden Korea aus. Dazu mag es kommen, bevor Nordkorea möglicherweise das Schicksal der DDR ereilt.

Ein Teil der Schweizer Massenmedien empfiehlt den schweizerischen UNO-Beitritt erneut, und zwar wegen des Beitritts Liechtenstein. Dieser wäre wohl von allen guten Argumenten das schlechteste. Wenn schon, dann wird Oesterreichs Einzug in den Sicherheitsrat am 1. Januar 1991 für zwei Jahre ein deutlicheres Zeichen setzen. Die Schweiz tut gut daran, sich zunächst zu überlegen, wieviel Souveränität und wieviel Neutralität sie im nächsten Jahrhundert wirklich noch benötigt, um ihre Solidarität nicht unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Zu einschlägigen neuen Einsichten wird uns Europa verhelfen. Danach wird unser UNO-Beitritt vor keine unüberwindlichen Hindernisse mehr gestellt sein. Man packe das Problem doch nicht noch einmal vom falschen Ende her an! Der nächste aussenpolitische Urnengang muss den Willen zum Mitmachen widerspiegeln.



DER BOTSCHAFTER

*Chenau-Repond*

(D. Chenau-Repond)

DISTRIBUTION DES RAPPORTS POLITIQUES

~~Interwat. Konferenz~~  
~~Interwat. Organisation~~  
Annex

RP No 9 DE New York DU 9 X 90

BULLETIN No 59...

MENTION      RÉSUMÉ      EXTRAIT(S)      IN EXTENSO

ANNEXE

COPIE ENVOYÉE À:

- GRS/DMF ✓
- CD ✓
- KU ✓
- SIN ✓
- Siv ✓
- KJP ✓
- KT ✓
- OFAEE ✓

BERNE, LE 16.10.90

SIGNATURE

